



Bekanntmachung der Stadt Werdohl



I. Amtliche Bekanntmachung der Stadt Werdohl

15. Satzung vom 27.12.2025 zur Änderung der Gebührensatzung für die Entsorgung aus Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben) in der Stadt Werdohl vom 21.11.2011

Aufgrund der §§ 7 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), in der zurzeit gültigen Fassung, des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585ff), der §§ 53, 53c, 64 und 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV.NRW. S. 926/SGV.NRW. 77) in der zurzeit gültigen Fassung und der §§ 2, 4, 6, 7 und 20 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV.NRW. S. 712/SGV.NRW. 610) in der zurzeit gültigen Fassung sowie des § 9 der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Werdohl in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Werdohl in seiner Sitzung am 15.12.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 9 erhält folgende Fassung:

Gebührenmaßstäbe

Die Gebühren für das Jahr 2026 werden wie folgt festgesetzt:

- a) Grundgebühr 209,76 € pro Anlage
- b) Mengengebühr 39,24 €/m³ abgefahrenen Grubeninhalts
- c) Kleineinleiterabgabe 35,79 €/Schadeinheit
- d) Gebühren für die Kontrollen der Anlagen 98,02 €/Std.

§ 2

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

II. Bekanntmachungsanordnung

Die vorgennannte Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig wird gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Werdohl, den 27.12.2025

Middendorf
Bürgermeister